



Drei Windräder bei Wiesenfelden: Gerade ist das dritte Windrad in Schiederhof installiert worden. Ob – wie die Bundesregierung fordert – über 20 neue Windräder im Landkreis bald schon gebaut werden, ist ungewiss, denn Experten bezweifeln die Rentabilität vieler Standorte in der Region. Foto: Uschi Ach

Reicht der Wind für mehr Räder?

Regionaler Planungsverband Donau-Wald muss mehr Flächen für Windkraft ausweisen

Straubing-Bogen. „Es braucht frischen Wind beim Thema Wind“, mit diesen Worten brachte es Landrat Josef Laumer als Vorsitzender des Regionalen Planungsverbands Donau-Wald bei der Sitzung des Planungsausschusses am Mittwoch auf den Punkt.

Dass das Thema Windkraft mittlerweile höchste Priorität hat, zeigte, dass eigentlich der Bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger zur Sitzung des Planungsausschusses des Regionalen Planungsverbands Donau Wald kommen hätte sollen, um über Steuerungskonzepte zur Windenergie zu informieren. Weil Aiwanger aber Ministerpräsident Söder kurzfristig vertreten musste, sagte er den Termin im Landratsamt in Straubing ab.

Stellvertretend für ihn machten die aus dem Bayerischen Wirtschaftsministerium aus München gekommenen Referenten Dr. Johann Niggel, Abteilungsleiter für Erneuerbare Energien und Energiedialog, und Ministerialdirigent Klaus Ulrich klar, dass auch in der Planungsregion Donau-Wald Windkraft ein zentraler Bestandteil im Umbau des Energiesystems hin zu regenerativen Energien ist. Zur Planungsregion gehören die Landkreise Straubing-Bogen, Deggendorf, Freyung-Grafenau, Passau und die Städte Passau und Straubing.

Die Bundesregierung hat ehrgeizige Vorgaben gemacht, die es jetzt zu erfüllen gelte, konstatierte Niggel. Bis Ende 2032 sollen 1,8 Prozent der Fläche Bayerns für Windenergieanlagen zur Verfügung gestellt werden. Der Großteil (1,2 Prozent) bereits bis 2027. Das bedeute bis 2032 4000 neue Windräder in Bayern.

„Zuckerbrot und Peitsche“

Als Konzept mit „Zuckerbrot und Peitsche“ bezeichnete Niggel die Vorgehensweise der Bundesregie-

rung, denn, wenn die Vorgaben nicht erfüllt werden, behalte sich der Bund vor, Land, Landkreisen und Gemeinden die kommunalen Steuerungsmöglichkeiten zu entziehen und überall privilegierte Gebiete für Windkraft auszuweisen.

„Das einzige Positive am Ukraine-Krieg ist, dass die dadurch ausgelöste Energiekrise dem Thema Windenergie neuen Schub verliehen hat.“ Das sehe man auch darin, dass die Wirtschaft derzeit ganz stark nach alternativen Energiequellen suche und bereit sei, diese auch teilweise selbst zu finanzieren. Diesen Schwung gelte es jetzt zu nutzen, denn im Gegensatz zu Sonnenenergie, wo Bayern Vorreiter ist, ist der Freistaat bei der Windenergie Schlusslicht.

Um diese ehrgeizigen Vorgaben zu erreichen, gelte es den Ist-Zustand zu analysieren, sagte Ministerialrat Ulrich. „Bayernweit werden nur 0,7 Prozent der Landesfläche für Windkraft genutzt.“

Ulrich machte keinen Hehl daraus, dass die Region Donau-Wald nicht unbedingt eine Musterregion

für den Aufbau von Windkraftanlagen sei. „Nur vier Windanlagen gibt es in der Region.“ Das weise darauf hin, dass Windräder derzeit für Betreiber ökonomisch nicht interessant genug sind.

Auch die abwechslungsreiche Topografie der Region erschwere den Aufbau von Windenergie. „Windreiche Orte auf Felsen seien oftmals kaum zugänglich und für Windkraft nicht erschließbar.“

Ein Ausschussmitglied machte den Vorschlag, den ehemaligen unbauten Grenzstreifen zwischen Tschechien und Niederbayern als Standort zu wählen. Das sei aber nicht möglich, weil das Land zum Nationalpark gehöre, das rechtlich ein Ausschlussgebiet für Windräder ist und bleiben soll, wie Regionsbeauftragter Jürgen Schmauß feststellte.

Dass es in der Planungsregion nicht einfach werde, genügend Flächen für Windkraft zu finden, zeige auch der neue Windatlas. Er unterteilt die Regionen, je nach Windgeschwindigkeiten von 35 bis 75 Metern pro Sekunde in verschiedene

Farben. Die windärmsten Regionen sind dunkelblau eingefärbt, die windstärksten rot. „Da sind einige Bereiche in Ihrer Region Blau und Grün eingefärbt“, stellte Ulrich fest.

Gleichzeitig sei aber die Technologie in den vergangenen Jahren leistungsfähiger geworden. „Die Windräder sind jetzt höher und haben Rotoren mit größeren Durchmessern.“

Geringe Rentabilität

Nachdem man mit dem Solar- und Windunternehmer Josef Gold aus Kirchroth einen Fachmann in der Region habe, solle man auch dessen Expertise nutzen, sagte Landrat Laumer und erteilte Gold das Wort. Der machte klar, dass die im neu herausgegebenen Windatlas ausgezeichneten Gebiete nicht genügend Wind erzeugten, damit sich eine Investition in Windkraft rentiere. Die 1,8 Prozent bedeuten 25 neue Windräder im Landkreis Straubing-Bogen. „Bei der Umsetzung würden wir draufzahlen.“

Der Passauer ÖDP-Politiker Urban Mangold, ein Mitglied des Ausschusses, forderte, dass der Ausbau der Windenergie schnell umgesetzt werden solle.

Wertvolle Zeit ginge verloren, wenn Standorte nur pro forma ausgewiesen würden, einzig um die Vorgaben der Bundesregierung zu erfüllen. „Stattdessen sollten nur die Standorte ausgewählt werden, an denen dann tatsächlich Windräder gebaut werden.“

Die Ausschussmitglieder stimmten der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans im Bereich Windkraft zu, zugleich befürworteten sie, einen Beirat für das Thema Windkraft für die Planungsregion Donau-Wald zu gründen.

Den Vorsitz dieses Beirats hat der Regionsbeauftragte Jürgen Schmauß. –ale/czs–

Ausbau der Wasserwirtschaft

Neben der Windenergie ist auch die Wasserwirtschaft essenzieller Bestandteil bei der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP).

„Die Wasserwirtschaft ist nicht nur für die Donau-Regionen eine wichtige Entwicklung, sondern auch für die Gebiete im Bayerischen Wald“, sagt Regionsbeauftragter Jürgen Schmauß vom Planungsverband Donau-Wald. Mitunter betrachtet der Planungsausschuss, wie die Versorgung in den Regionen gesichert werden kann, beispielsweise indem Staugewässer als „zweites Standbein“ angelegt werden. Einig war sich der Planungs-

ausschuss auch darüber, dass Trinkwasser Vorrang für die Nutzung des Tiefenwassers hat. Die Änderungen des LEP werden derzeit noch vom Landtag bearbeitet, wodurch sich auch im Bereich der Wasserwirtschaft Revisionen ergeben. „Es ist ein politischer Prozess und die Verknüpfung mit dem Entwicklungsprogramm ist nicht unwichtig“, betont Schmauß.

Um Widersprüche, Doppelungen und erneuten Anpassungsbedarf zu vermeiden, beschloss der Planungsausschuss Donau-Wald einstimmig, die weitere Behandlung erst nach der endgültigen Ausgestaltung des LEP fortzuführen. –czs–